



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 44; Mai 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das Europäische Parlament empfing während dieser Plenartagung gleich drei Staatsoberhäupter: Den Präsidenten Boliviens, Morales, den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Abbas, und den griechischen Staatspräsidenten Papoulias. Hauptdebatten fanden vor allem zu folgenden Themen statt: Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben bei Lebensmitteln, Rinderwahnsinn, EU-Finanzplanung 2007 bis 2013, Fortschritte Bulgariens und Rumäniens im Beitrittsprozess und EU-Solidaritätsfonds.

Strittige Werbeaussagen

Drei Jahre lang war ich als Berichterstatterin der christdemokratischen EVP-Fraktion federführend mit dem Verordnungsentwurf zu "nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben über Lebensmittel" befasst. Immer standen mir Rat und Kommission unbeweglich wie eine Betonmauer gegenüber. Nach zähen Verhandlungen wurde nun in Zweiter Lesung ein "Zwangskompromiss" verabschiedet, der die Verordnung wenigstens in einigen Punkten etwas entschärft. Wir hatten nur noch die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub: Hätten wir den Kompromiss abgelehnt, wären wir auf den völlig inakzeptablen Gemeinsamen Standpunkt des Rates der Verbraucher-

schutzminister zurückgefallen. Nun wird es also eine staatliche Zensur der Lebensmittelwerbung geben. Jeder Werbespruch, der Inhaltsstoffe (z.B. Vitamine) oder gesundheitsfördernde Eigenschaften eines Lebensmittels anpreist, muss künftig erst durch die EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) genehmigt werden. Außerdem muss jedes mit einem Nährwert- oder Gesundheitsbezug beworbene Produkt in punkto Zucker, Salz und Fett sehr niedrige Grenzwerte einhalten und evtl. einen Warnhinweis tragen.

Dem Verbraucher bringt diese Verordnung keinen Zusatznutzen, denn wir haben bereits Gesetze gegen irreführende Werbung. Da aber massiv Arbeitsplätze im Mittelstand bedroht sind und grundsätzlich die Zuständigkeit der europäischen politischen Ebene angezweifelt werden muss, habe ich die Deutsche Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, ob eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diese Verordnung angestrengt werden kann.

Vitamine und Mineralien

Auf internationaler Ebene stellt der Codex Alimentarius seit 1987 als allgemeinen Grundsatz fest, dass Lebensmitteln Nährstoffe zugesetzt werden dürfen, um einen nachgewiesenen Mangel in der Bevölkerung zu verhindern oder zu

beheben. In den EU-Mitgliedstaaten gelten bis heute aber immer noch sehr unterschiedliche Gesetze über den Zusatz von Vitaminen und Mineralien zu Lebensmitteln. Weil dies natürlich für Handelshemmnisse und Rechtsunsicherheit im europäischen Binnenmarkt sorgt, wurde nun eine Harmonisierung der gemeinschaftlichen Vorschriften für den Zusatz von Vitaminen und Mineralien beschlossen.

Rinderwahnsinn

Auch zehn Jahre nach dem Ausbruch von BSE ist die "Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (TSE)" unerlässlich. Eine neue Verordnung soll EU-Recht in Einklang mit internationalen Vorgaben bringen. Danach muss nun jeder Mitgliedstaat Überwachungsprogramme durchführen. Ausdrücklich verboten wird die Verfütterung tierischer Eiweiße an Wiederkäuer, was in der Bundesrepublik Deutschland aber sowieso nicht zulässig war und ist.

Finanzielle Vorausschau

Das Parlament einigte sich mit dem Ministerrat auf die EU-Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2013: Jetzt steht für die nächsten sieben Jahre mit 160 Mrd. Euro doppelt soviel Geld zur Verfügung wie nach dem zweiten Weltkrieg im Marshall-Plan für den Wiederaufbau Europas. Ohne diese Einigung auf leider immer noch sehr niedrigem Niveau wäre eine Fortführung der europäischen Politiken mit all' ihren finanziellen Verpflichtungen (z.B. Kosten der Erweiterung) nicht möglich gewesen.

Das Europäische Parlament war übrigens das einzige Organ, das eine Gesamtstrategie entwickelt und eine umfassende und eingehende Analyse des Bedarfs durchgeführt hatte, um politische Prioritäten zu ermitteln. Der Ansatz des Rates hingegen beruhte nur auf "Obergrenzen und Prozentsätzen".

Nach dieser finanziellen Vorausschau wird das Friedensprojekt EU ab 2007 jeden Bürger 26 Cent pro Tag kosten.

Rumänien und Bulgarien

Noch immer herrschen in Rumänien und Bulgarien Korruption und inakzeptable Verhältnisse im Justizsystem. Außerdem reicht die Verwaltungsinfrastruktur nicht aus um sicherzustellen, dass EU-Förderungsgelder beim richtigen Adressaten ankommen. Noch ist also nicht klar, ob die beiden Länder wie geplant am 1. Januar 2007 der EU beitreten können. Sollten die vorhandenen Mängel auch bis Oktober 2006 noch nicht beseitigt sein, kann die EU-Kommission empfehlen, von den sog. Schutzklauseln Gebrauch zu machen. Diese erlauben es u.a., den Beitritt um ein Jahr auf den 1. Januar 2008 zu verschieben.

Solidarität bei Naturkatastrophen

Zwischen 1993 und 2002 forderten Überschwemmungen 6700 Menschenleben in der EU. Dringend erforderlich sind daher Verbesserungen im Bereich der Vorhersage, der Wiederherstellung von Poldern und natürlichen Flussgebieten sowie der Warnung der Bevölkerung und der Evakuierungsmaßnahmen. Zur Krisenvorsorge und Risikobewältigung soll die Kommission nun eine von Landwirten, Mitgliedstaaten und aus dem EU-Haushalt gemeinsam finanzierte staatliche Versicherung einführen.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüsse ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Tel. 0032-228-47383,

Fax: 0032-228-97383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int